

Editorial – Thema der Woche

Montag, 5. Januar 2015

Fünfzehn oder zwanzig Millionen? Es mag ja sein, dass es bei der Verkündung guter Nachrichten auf fünf Millionen mehr oder weniger nicht so ganz genau darauf ankommt, aber wenn der Minister von „rund 20 Millionen“ GKV-Beitragszahlern spricht, die durch die neuen Finanzierungsregeln der Krankenkassen (vorläufig) entlastet werden, dann dürfte dieser Zahl doch eigentlich nicht durch eine weisungsgebundene Bundesbehörde widersprochen werden, sollte man meinen. Das Bundesversicherungsamt meldet allerdings ziemlich zeitgleich, dass von einem geringeren GKV-Beitrag als den bis Jahresende anstehenden 15,5 Prozent „nur“ 14,8 Millionen Versicherte profitieren werden. Na so was! Wie kommt denn dann der federführende Minister auf satte fünf Millionen mehr?

Ganz einfach: Es gilt auch hier das Gesetz des Pontius Pilatus: „Was ich geschrieben habe, das habe ich geschrieben!“ Denn Gröhe selbst hatte in der ersten Jahreshälfte 2014 im Rahmen der Diskussion zum Finanzierungs- und Qualitätsgesetz (FQWG) von 20 Millionen Versicherten gesprochen, die mit diesem Gesetz entlastet würde. Und offensichtlich genau diese 20 Millionen müssen jetzt zum Jahresanfang 2015 wieder auftauchen, wenn es gilt, die Segnungen des Gesetzes zu preisen... (Vor allem, weil die Grünen diese Zahl schon damals angezweifelt hatten.)

Mit Verlaub: Es sind solche Verlautbarungen wider die Fakten und besseres Wissen, die bei Menschen, deren Gedächtnis nicht vollkommen zugekleistert ist, zunehmend zu Politikverdrossenheit führen. Politiker und ihre Pressestellen sollten das möglichst rasch lernen.

Dabei wären solche Tricks gar nicht nötig, denn Gröhes Bilanz kann sich auch mit fünf Millionen weniger Beitragssatz-Profiteuren durchaus sehen lassen. Er hat als ursprünglicher Nicht-Gesundheitspolitiker und Polit-Moderator nicht nur heiße Eisen angefasst und Bewegung in gesundheitspolitische Dauerbaustellen gebracht, sondern er hat – mit freundlicher Flankierung des Koalitionsvertrages – auch die größten wettbewerbsfeindlichen Schnitzer seiner pseudo-liberalen Vorgänger wieder ausgebügelt. Dass dabei auch die eine oder andere populistische Schleife gedreht wurde, mag verzeihlich sein. Nötig gewesen wäre das allerdings nicht, denn die Terminservice-Stellen der Versorgungsstrukturgesetzes haben Gröhe nicht nur Zorn bei den Ärzten und ihren Organisationen eingetragen, sie könnten ihm sogar noch auf die Füße fallen, wenn die Versicherten irgendwann merken, dass der erhoffte freie und unmittelbare Zugang zum Orthopäden eben dadurch trotzdem nicht möglich wird.

Jetzt wird das gerade angebrochene Jahr beweisen müssen, was von diesen bislang erst angesprochenen oder skizzierten Ideen am Ende übrigbleiben wird. Denn Innovationsfonds, Versorgungsforschung, Krankenhausreform, eHealth- und Präventionsgesetz sind bislang nur Versprechungen, die die Wirren und Diskussionen des Gesetzgebungsprozesses erstmal unbeschadet überstehen müssen, bevor sie bejubelt werden sollten. Zumindest werden sie aber – nach langer politischer „Beschweigung“ – nun angesprochen und müssen daher in irgendeiner Form irgendeiner Lösung zugeführt werden. Wir wollen das schon Fortschritt nennen.

Der GesundheitsPolitische Brief wird auch diese Entwicklung konstruktiv-kritisch begleiten und laufend über die eventuellen Fort- oder auch Rückschritte berichten. In diesem Zusammenhang dürfen wir uns auch 2015 auf eine fruchtbare Zusammenarbeit und regen Austausch freuen und wünschen Ihnen dafür Glück, objektive Urteilskraft – und natürlich vor allem Gesundheit. Bleiben Sie am Ball – wir freuen uns darauf!